

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten

Ziel der Bremer Flüchtlings- und Integrationsarbeit ist es, geflüchtete Menschen möglichst schnell aus den Gemeinschaftsunterkünften in eigene Wohnungen zu vermitteln. Dafür wurden sogenannte Wohnraumvermittlerinnen und -vermittler in den Übergangwohnheimen eingestellt, die gemeinsam mit den Geflüchteten nach Wohnungen suchen und sie auch zu den Besichtigungen begleiten. Dieses erfolgreiche Vorgehen ist weit über die Grenzen Bremens anerkannt.

In der Praxis zeigt sich, dass die geflüchteten Familien jedoch auch im eigenen Wohnraum weiterhin Unterstützungsbedarf haben. Viele Informationen darüber, an welche Stellen sie sich wenden können bzw. müssen, fehlen ihnen. Grund dafür sind nicht ausreichende Sprach- und Ortskenntnisse. Briefe und amtliche Bescheide führen ebenfalls häufig zu großer Verunsicherung. Um Rat und Hilfe zu erhalten, wenden sich deshalb viele Geflüchtete an die vertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Übergangwohnheime, obwohl diese eigentlich nicht mehr für sie zuständig sind.

Um Geflüchtete auch im eigenen Wohnraum zu unterstützen, wurde seit Oktober 2014 ein ambulantes Betreuungssystem aufgebaut, das durch sogenannte Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (SprInter) Hilfestellungen und Orientierung in Fragen des alltäglichen Lebens anbietet. Die Geflüchteten werden dafür direkt in ihrer Wohnung von den mehrsprachigen SprIntern, die eigene Migrations- und Integrationserfahrungen haben, aufgesucht und nach dem individuellen Bedarf begleitet.

Zusätzlich dazu wurden acht neue Anlaufstellen „Ankommen im Quartier (AiQ)“ für Geflüchtete im Rahmen des Integrationsbudgets des Senats eingerichtet. Diese befinden sich in den WIN-Fördergebieten und sind vor Ort in die Quartiers- und Familienzentren integriert. Im Gegensatz zu der aufsuchenden Arbeit der SprInter müssen sich die Geflüchteten mit ihren vielfältigen Anliegen selber an die Anlaufstellen wenden. Die Inanspruchnahme der AiQ im Jahr 2017 zeigt deutlich, dass die Nachfrage nach dezentralen Unterstützungsangeboten in den Wohnquartieren sehr hoch ist. Zudem ist festzustellen, dass eine Kooperation zwischen den mehrsprachigen SprIntern und den AiQ sehr hilfreich ist, wenn es um komplexe Problemlagen geht, die besser in der Muttersprache kommuniziert werden können.

Die bereits bestehenden Angebote haben sich als wichtige Bausteine bei der Integration der Geflüchteten vor Ort bewährt. Da die quantitative Verteilung in den Bremer Stadtteilen jedoch sehr unterschiedlich ist, bedarf es einer Umschichtung des Angebotes. Denn mit jedem

Umzug in die eigene Wohnung steigt der Bedarf an Unterstützung, Beratung und Hilfe vor Ort.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- 1) ein Konzept zu erstellen, wie die bisherigen Angebote zur Unterstützung von geflüchteten Personen in Unterkünften umgeschichtet werden können, um eine verbesserte Unterstützung im privaten Wohnraum anzubieten. Dabei soll Berücksichtigung finden,
 - dass die bestehenden Strukturen der Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (SprInter) und der Anlaufstellen „Ankommen im Quartier“ (AiQ) auf weitere Kooperationsmöglichkeiten und daraus resultierenden Synergieeffekte überprüft werden,
 - dass in allen Stadtteilen entsprechend der Zuzüge ein Angebot wünschenswert ist und dass die wohnortnahen Angebote auch durch hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die bisher in den Übergangswohnheimen tätig waren, erbracht werden können.
- 2) das Konzept innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration vorzulegen, inklusive Aussagen über die konkreten Umsetzungsschritte in den Stadtteilen und die Umschichtung der Finanzierung.

Kebire Yildiz, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klaus Möhle, Valentina Tuchel, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD